

Niederschrift

über die 12. öffentliche Sitzung

des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen

am Dienstag, 11. Januar 2022, 17:00 Uhr

im Sitzungssaal der Stadtverordneten, Rathaus, Kassel

17. Januar 2022

1 von 13

Anwesende:

Mitglieder

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann, Vorsitzende, B90/Grüne

Wolfgang Decker, 1. stellvertretender Vorsitzender, SPD

Sophie Eltzner, Mitglied, B90/Grüne

Christine Hesse, Mitglied, B90/Grüne (bis 18:50 Uhr)

Selina Holtermann, Mitglied, B90/Grüne

Steffen Müller, Mitglied, B90/Grüne

Anke Bergmann, Mitglied, SPD (Vertretung für Ramona Kopec)

Patrick Hartmann, Mitglied, SPD

Dr. Ron-Hendrik Hechelmann, Mitglied, SPD

Maximilian Bathon, Mitglied, CDU

Dominique Kalb, Mitglied, CDU

Dr.-Ing. Norbert Wett, Mitglied, CDU

Mirko Düsterdieck, Mitglied, DIE LINKE

Sabine Leidig, Mitglied, DIE LINKE

Sven René Dreyer, Mitglied, AfD

Sascha Bickel, Mitglied, FDP

Teilnehmer mit beratender Stimme

Dr. Thomas Nöcker, Vertreter des Seniorenbeirates

Magistrat

Christian Geselle, Oberbürgermeister, SPD

Ilona Friedrich, Bürgermeisterin, SPD

Dirk Stochla, Stadtrat, SPD

Dr. Susanne Völker, Stadträtin, parteilos

Christof Nolda, Stadtbaurat, B90/Grüne

Schriftführung

Annika Kuhlmann, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Thorsten Bork, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:

Dr. phil. Michael von Rüden, 2. stellvertretender Vorsitzender, CDU

Jennifer Rieger, Stadtverordnete, Die PARTEI

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

2 von 13

Stefan Rios, Amt für Kämmerei und Steuern

Thomas Bergmann, Revisionsamt

Dr. Sabine Schormann, documenta und Museum Fridericianum gGmbH

Niklas Kraft, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung:

- | | |
|---|------------|
| 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Reinigung der öffentlichen Straßen im Gebiet der Stadt Kassel (Straßenreinigungs- und -gebührensatzung) vom 16. Dezember 1991 in der Fassung der Fünfzehnten Änderung vom 20. Juli 2015 (Sechzehnte Änderung) | 101.19.321 |
| 2. Zweckgebundene Mehrerträge und entsprechende Mehraufwendungen bzw. Mehreinzahlungen und entsprechende Mehrauszahlungen gemäß § 19 GemHVO für das Jahr 2021; - Kenntnisnahme Liste Z4 / 2021 - | 101.19.325 |
| 3. Tourismuskonzept | 101.19.257 |
| 4. Beschaffung und Bewirtschaftung | 101.19.259 |
| 5. Aufstellung eines Gesamtabschlusses der Stadt Kassel | 101.19.266 |
| 6. Absenkung des Wahlalters | 101.19.267 |
| 7. Mitgliedschaft im Verein Deutscher Sprache e. V. | 101.19.278 |
| 8. Kein „Gendern“ in amtlichen Schreiben der Stadt Kassel | 101.19.281 |
| 9. Zwangsvollstreckungsverfahren Rundfunkbeitrag | 101.19.282 |
| 10. LWV-Umlage | 101.19.293 |
| 11. Gedenken am Ehrenmal wieder ermöglichen | 101.19.299 |
| 12. Städtisches Konzept zur Rechtsform des documenta-Instituts | 101.19.314 |
| 13. Geehrte in Kassel | 101.19.323 |

Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann eröffnet die mit der Einladung vom 4. Januar 2022 ordnungsgemäß einberufene 12. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

3 von 13

Stadtverordneter Kalb, CDU-Fraktion, beantragt die Tagesordnungspunkte

7. Mitgliedschaft im Verein Deutscher Sprache e. V.

Antrag der AfD-Fraktion
-101.19.278-

und

8. Kein „Gendern“ in amtlichen Schreiben der Stadt Kassel

Antrag der AfD-Fraktion
-101.19.281-

wegen Sachzusammenhangs gemeinsam zur Beratung aufzurufen.
Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann stellt die so geänderte Tagesordnung fest.

1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Reinigung der öffentlichen Straßen im Gebiet der Stadt Kassel (Straßenreinigungs- und -gebührensatzung) vom 16. Dezember 1991 in der Fassung der Fünfzehnten Änderung vom 20. Juli 2015 (Sechzehnte Änderung)

Vorlage des Magistrats
- 101.19.321 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Satzung zur Änderung der Satzung über die Reinigung der öffentlichen Straßen im Gebiet der Stadt Kassel (Straßenreinigungs- und -gebührensatzung) vom 16. Dezember 1991 in der Fassung der Fünfzehnten Änderung vom 20. Juli 2015 (Sechzehnte Änderung) in der aus der Anlage zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung.“

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

4 von 13

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Satzung zur Änderung der Satzung über die Reinigung der öffentlichen Straßen im Gebiet der Stadt Kassel (Straßenreinigungs- und -gebührensatzung) vom 16. Dezember 1991 in der Fassung der Fünfzehnten Änderung vom 20. Juli 2015 (Sechzehnte Änderung), 101.19.321, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Hesse

2. **Zweckgebundene Mehrerträge und entsprechende Mehraufwendungen bzw. Mehreinzahlungen und entsprechende Mehrauszahlungen gemäß § 19 GemHVO für das Jahr 2021; - Kenntnisnahme Liste Z4 / 2021 -**
Vorlage des Magistrats
- 101.19.325 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung nimmt von den in der rückseitigen Liste Z4/2021 enthaltenen zweckgebundenen Mehrerträgen/-einzahlungen und Mehraufwendungen/-auszahlungen gemäß § 19 GemHVO

im Ergebnishaushalt in Höhe von 4.222.287,94 €

im Finanzhaushalt in Höhe von 1.247.949,90 €

Kenntnis.“

Oberbürgermeister Geselle beantwortet die Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

3. Tourismuskonzept

5 von 13

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen B90/Grüne und SPD
- 101.19.257 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, unter Beteiligung der Kassel Marketing GmbH über die bisherige Umsetzung des Tourismuskonzeptes und dessen Evaluation in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen zu berichten.

Stadtverordnete Holtermann, Fraktion B90/Grüne, begründet den gemeinsamen Antrag.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen B90/Grüne und SPD betr. Tourismuskonzept, 101.19.257, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Hechelmann

4. Beschaffung und Bewirtschaftung

Anfrage Fraktion DIE LINKE
- 101.19.259 -

Antrag

1. Wie erfolgte die Umsetzung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung (101.17.181) vom 26.09.2011 zur regionalen, biologischen und fairen Bewirtschaftung und Beschaffung?
2. Welche Maßnahmen wurden seit dem Beschluss „Nachhaltige Nordhessen“ (Vorlage 101.18.1499) in die Wege geleitet?

- 6 von 13
3. In welchen Bereichen finden regelmäßig Ausschreibungen statt?
 4. Wo sind die Vergabekriterien der Stadt und der städtischen Gesellschaften zu finden?
 5. Welche Kriterien werden bei Ausschreibungen und Vergaben mit welcher Gewichtung berücksichtigt?
 6. Wie wird die Einhaltung der Tariftreue und weiterer Kriterien nach Vergabe kontrolliert?
 7. Hat die Stadt Kassel ihre Beschaffungskriterien seit Novellierung des Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetzes insbesondere zu Aspekten der Nachhaltigkeit verändert? Wenn ja, inwiefern?
 8. Um wie viel Prozent stiegen die kalkulierten Kosten bei einer Ausschreibung durch veränderte Kriterien?
 9. Welche Fortbildungen werden für Mitarbeiter*innen der Stadt Kassel zu Möglichkeiten im Rahmen des Vergabegesetzes wahrgenommen?
 10. Mit welchen Städten befindet sich die Stadt Kassel in Austausch, um in der Vergabe Möglichkeit für Nachhaltigkeit und gute Arbeitsbedingungen auszuschöpfen?
 11. Wie oft hat die Stadt Kassel bei beauftragten Unternehmen sowie ihren Nach- und Verleihunternehmen die Einhaltung der Verpflichtungen überprüft, insbesondere im Bau, in der Gebäudereinigung und bei Verkehrsleistungen?

Stadtbaurat Nolda erklärt, dass die Beantwortung der Anfrage sehr ausführlich ist und er daher die schriftlichen Antworten der Niederschrift als Anlage beifügt. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Nach Zusage der schriftlichen Antworten zur Niederschrift erklärt Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann die Anfrage für erledigt.

5. Aufstellung eines Gesamtabchlusses der Stadt Kassel

Antrag der FDP-Fraktion
- 101.19.266 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, beginnend mit dem Haushaltsjahr 2021 jährlich einen konsolidierten Gesamtabchluss der Stadt Kassel vorzulegen.

Stadtverordneter Bickel, FDP-Fraktion, begründet den Antrag seiner Fraktion.
Oberbürgermeister Geselle beantwortet die Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

7 von 13

Zustimmung: FDP

Ablehnung: B90/Grüne, SPD, CDU

Enthaltung: DIE LINKE, AfD

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der FDP-Fraktion betr. Aufstellung eines Gesamtabchlusses der Stadt Kassel, 101.19.266, wird **abgelehnt**.

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Kalb

6. Absenkung des Wahlalters

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der B90/Grüne, SPD und Die Linke
- 101.19.267 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Hessische Landesregierung und die Fraktionen des Hessischen Landtags auf, die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass das aktive Wahlalter für Abstimmungen auf kommunaler und Landesebene und für die Kommunalwahlen sowie die (Ober-)Bürgermeister*innen- und Landratswahlen und den Hessischen Landtag auf 16 Jahre festgelegt wird. Das passive Wahlalter wird für Kommunalwahlen (Stadtverordnetenversammlungen, Kreistage) auf 16 Jahre, für Landtagswahlen auf 18 Jahre festgelegt.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert Hessische Landesregierung, Bundesregierung und die Fraktionen des Deutschen Bundestages auf, die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass das aktive Wahlalter für Abstimmungen und für die Wahlen zum Deutschen Bundestag und das Europäische Parlament auf 16 Jahre, das das passive Wahlalter auf 18 Jahre gesenkt wird.

Stadtverordnete Bergmann, SPD-Fraktion, begründet den gemeinsamen Antrag.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

8 von 13

Zustimmung: B90/Grüne, SPD, DIE LINKE

Ablehnung: CDU, AfD

Enthaltung: FDP

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen B90/Grüne, SPD und DIE LINKE betr. Absenkung des Wahlalters, 101.19.267, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Leidig

Die Tagesordnungspunkte 7 und 8 werden wegen Sachzusammenhangs gemeinsam aufgerufen. Die Abstimmung erfolgt getrennt.

7. Mitgliedschaft im Verein Deutscher Sprache e. V.

Antrag der AfD-Fraktion

- 101.19.278 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadt Kassel schließt zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Mitgliedschaft beim Verein Deutsche Sprache e. V. (VDS) ab.

Stadtverordneter Dreyer, AfD-Fraktion, begründet den Antrag seiner Fraktion. Oberbürgermeister Geselle beantwortet die Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: AfD

Ablehnung: B90/Grüne, SPD, CDU, DIE LINKE, FDP

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der AfD-Fraktion betr. Mitgliedschaft im Verein Deutscher Sprache e. V., 101.19.278, wird **abgelehnt**.

9 von 13

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Bickel

8. Kein „Gendern“ in amtlichen Schreiben der Stadt Kassel

Antrag der AfD-Fraktion
- 101.19.281 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert in Texten aller Art, darunter insbesondere städtischen Bekanntmachungen, Publikationen und Veröffentlichungen, auf die Verwendung des sogenannten Binnen-I, des Gender-Gaps und auf Gendersternchen zu verzichten. Stattdessen sollen die städtischen Mitarbeiter dazu angehalten werden, das grammatikalisch für beide Geschlechter (unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung) geltende, im allgemeinen Sprachgebrauch übliche und von der breiten Mehrheit der Bürger gesprochene und akzeptierte generische Maskulinum zu verwenden.

Eine entsprechende Änderung der Allgemeinen Geschäftsweisung der Stadt Kassel soll durch den obersten Verwaltungsbeamten, den Oberbürgermeister, zeitnah verfügt werden.

Stadtverordneter Dreyer, AfD-Fraktion, begründet den Antrag seiner Fraktion.
Oberbürgermeister Geselle beantwortet die Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: AfD

Ablehnung: B90/Grüne, SPD, CDU, DIE LINKE, FDP

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der AfD-Fraktion betr. Kein „Gendern“ in amtlichen Schreiben der Stadt Kassel, 101.19.281, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dreyer

9. Zwangsvollstreckungsverfahren Rundfunkbeitrag

Anfrage der AfD-Fraktion

- 101.19.282 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Zu wie vielen Zwangsvollstreckungsverfahren ist es in Kassel in den Jahren 2016 (01.01.2016) bis 2020 (31.12.2020) wegen zahlungssäumiger Personen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunkbeitrag gekommen? (Bitte nach Jahreszahlen aufschlüsseln)
2. Zu wie vielen Zwangsvollstreckungsverfahren ist es in Kassel von Januar bis einschließlich Oktober 2021 wegen zahlungssäumiger Personen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunkbeitrages gekommen?
3. Welcher jährliche Kosten- und Personalaufwand besteht für die Stadt im Rahmen von Zwangsvollstreckungsverfahren für den öffentlich-rechtlichen Rundfunkbeitrag?
4. Welche Aufwandsentschädigung für Amtshilfe pro Zwangsvollstreckungsfall wird der Stadt von Seiten des öffentlich-rechtlichen Rundfunkbeitrages i. d. R. erstattet?
5. Besteht für die Stadt die Möglichkeit, Amtshilfe für Vollstreckungsersuche des öffentlich-rechtlichen Rundfunkbeitrages abzulehnen?
6. Falls die Frage Nr. 5 bejaht werden sollte: Aus welchen Gründen und wie oft wurden solche Ersuche in den Jahren 2016 bis 2020 sowie von Januar bis einschließlich Oktober 2021 verweigert? (Bitte nach Jahreszahlen aufschlüsseln)
7. Falls die Frage Nr. 5 verneint werden sollte: In wie vielen Fällen war die Eintreibung der säumigen Forderungen erfolgreich? (Bitte in Prozent angeben)

Oberbürgermeister Geselle beantwortet die Anfrage. Eine Tabelle der entsprechenden Zahlen wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Nach Beantwortung durch Oberbürgermeister Geselle erklärt Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann die Anfrage für erledigt.

10. LWV-Umlage

11 von 13

Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.19.293 -

Anfrage

Die unter Berücksichtigung der beabsichtigten Verwendung von Rücklagen für den Haushaltsausgleich erforderliche Verbandsumlage des LWV Hessen steigt in 2022 voraussichtlich um rund 141,52 Mio. € auf 1.580.786.922 €. Die mittlere Finanzplanung des LWV Hessen prognostiziert bis 2024 ein Ansteigen der Verbandsumlage auf über 1,7 Milliarden €.

Wir fragen den Magistrat:

1. Welche Mehrbelastung ergibt sich für den Kasseler Haushalt 2022 durch die im nächsten Jahr steigende Verbandsumlage des LWV Hessen?
2. Welche zusätzlichen Mehrbelastungen ergeben sich für unsere Haushalte 2023 und 2024 durch weiter steigende Verbandsumlagen des LWV Hessen?
3. Welche Mehrbelastungen in den Haushalten 2022 bis 2024 ergeben sich allgemein durch die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes?
4. Sind in den dargestellten Mehrbelastungen der Haushalte Aufwendungen enthalten, die sich aus Aufgabenverlagerungen/Zuständigkeitsänderungen vom LWV Hessen zur örtlichen Ebene ergeben?

Oberbürgermeister Geselle und Bürgermeisterin Friedrich beantworten die Anfrage und die sich anschließenden Nachfragen der Ausschussmitglieder. Die schriftliche Antwort zur 4. Frage wird der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Nach Beantwortung durch Oberbürgermeister Geselle und Bürgermeisterin Friedrich erklärt Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann die Anfrage für erledigt.

11. Gedenken am Ehrenmal wieder ermöglichen

Antrag der FDP-Fraktion
- 101.19.299 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, sich bei der Museumslandschaft Hessen Kassel (MHK) sowie bei der Landesregierung dafür einzusetzen, dass am Ehrenmal in der Karlsaue auch soldatische Gedenkveranstaltungen zum Volkstrauertag wieder stattfinden dürfen. 12 von 13

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: CDU, FDP, AfD

Ablehnung: B90/Grüne, SPD, DIE LINKE

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der FDP-Fraktion betr. Gedenken am Ehrenmal wieder ermöglichen, 101.19.299, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Müller

12. Städtisches Konzept zur Rechtsform des documenta-Instituts

Anfrage der CDU-Fraktion

- 101.19.314 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie ist der aktuelle Stand der Verhandlungen zwischen Stadt und Land zur Gründung des documenta-Instituts?
2. Gibt es ein abgestimmtes inhaltliches Konzept?
3. Welche Rechtsform soll das Institut erhalten?
4. Was ist das städtische Konzept zur Rechtsformfrage?
5. Welche Alternativen werden aktuell geprüft und debattiert?
6. Wer entscheidet am Ende über die Rechtsform des documenta-Institutes?
7. Welchen Zeitplan für die Gründung gibt es?

Oberbürgermeister Geselle und Frau Dr. Sabine Schormann, documenta und Museum Fridericianum gGmbH, beantworten die Anfrage. Die schriftliche Beantwortung wird der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Nach Beantwortung durch Oberbürgermeister Geselle und Frau Dr. Schormann erklärt Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann die Anfrage für erledigt.

13. Geehrte in Kassel

13 von 13

Anfrage FDP-Fraktion
- 101.19.323 -

**Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.**

Ende der Sitzung: 19:05 Uhr

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
Vorsitzende

Annika Kuhlmann
Schriftführerin

Dezernat für Stadtentwicklung, Bauen, Umwelt und Verkehr

Antworten zur Anfrage Die Linke vom 11.10.2021 - 101.19.259

Zu den gestellten Fragen werden die Stellungnahmen des Bauverwaltungsamts, des Amts für Hochbau und Gebäudebewirtschaftung sowie des Umwelt- und Gartenamts zusammengefasst:

1.)

Die Umsetzung erfolgt auf zwei Wegen. Zum einen über die Überarbeitung der grundlegenden Vergaberichtlinien (siehe 4.) und 7.)). Zum anderen erhalten sämtliche Beschaffungen in ihrer Leistungsbeschreibung seitens der Ämter Qualitätsanforderungen, entweder als Muss- oder als Wertungskriterien. Dort, wo es sinnvoll und möglich ist, werden Nachhaltigkeitskriterien entsprechend formuliert und gefordert.

2.)

Die Stadt Kassel war im Laufe des vergangenen Jahres (2020) zunächst im regelmäßigen Austausch mit dem Träger der Initiative, dem Region Kassel-Land e.V., um mögliche Ziel- und Entwicklungspfade einer Zusammenarbeit auszuloten und zu skizzieren. Obwohl sich Ende 2020 herauskristallisierte, dass die Initiative in den beteiligten Gebietskörperschaften zunächst konkrete Projekte initiieren wollte, wurde sie im Februar 2021 durch die Initiatoren überraschend eingestellt, sodass sich die Stadt Kassel an den von der Initiative angestrebten Aktivitäten nicht direkt beteiligen konnte.

Gleichwohl hat sich die Stadt auf anderen Wegen für die in dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung formulierten Ziele eingesetzt: Sie ist seit diesem Jahr gemeinsam mit dem Landkreis Kassel und dem Werra-Meißner-Kreis Ko-Trägerin der Ökolandbau-Modellregion Nordhessen, die ebenfalls auf die Förderung der ökologischen Landwirtschaft, der regionalen Wertschöpfungsketten, des Klimaschutzes und der gesunden Ernährung in Nordhessen abzielt. Ein beispielhaftes Ziel und Projekt ist dabei die dauerhafte Umstellung der Mittagsverpflegung in städtischen Kantinen auf bio-regionale Lebensmittel. In diesem Zusammenhang fand Anfang Oktober die Regio-Woche Kassel statt, bei der lokale Cateringbetriebe an insgesamt 18 Kasseler Schulen und neun Kitas täglich ein frisch zubereitetes bio-regionales Menü angeboten haben. Die Regio-Woche wird im Februar 2022 erneut stattfinden. Das im Rahmen dieses Pilotprojekts entstehende Akteursnetzwerk aus regionalen Erzeuger-, Verarbeitungs- und Logistikbetrieben, Caterern, Gastronomie, Schulen und Kitas soll verstetigt werden, um ein nachhaltiges Ernährungssystem in Nordhessen zu etablieren.

3.)

Aufträge, deren Auftragswert 10.000 € ohne Umsatzsteuer übersteigt, werden über ordentliche Vergabeverfahren vergeben, sofern die Beschaffungen nicht vom Vergaberecht ausgeschlossen sind. Dies betrifft alle Bereiche der Stadt Kassel. Die meisten Ausschreibungen erfolgen durch die bauplanenden und -ausführenden Ämter und Eigenbetriebe.

4.)

Die Kriterien, nach denen Aufträge vergeben werden, sind situativ im Einzelfall durch die beschaffenden Ämter und Eigenbetriebe festzulegen. Folgende Vergaberichtlinien bestehen als

interne Dienstanweisungen und befinden sich, auch wegen der Novellierung des Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetzes, derzeit in der Überarbeitung:

- Allgemeine Vergaberichtlinien der Stadt Kassel und des Eigenbetriebs Die Stadtreiniger (AVR, Stand 2017)
- Vergaberichtlinien für Bauleistungen der Stadt Kassel und den Eigenbetrieb Die Stadtreiniger (VRB, Stand 2009)
- Vergaberichtlinien für den Eigenbetrieb KASSELWASSER (Stand 2017)

Darüber hinaus haben die städtischen Gesellschaften jeweils eigene Vergaberichtlinien.

5.)

Siehe Antwort zu 1.)

6.)

Von jedem Bieter ist bei Angebotsabgabe die nach dem HVTG geforderte Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt unter Angabe eines Strafversprechens abzugeben. Beim Einsatz von Nachunternehmern ist diese Erklärung auch, spätestens vor Beginn der Ausführung der Leistung durch die beauftragten Nachunternehmen, für diese vorzulegen.

Die Stadt kann vor Ort Einsicht in die betreffenden Unterlagen, insbesondere Entgeltabrechnungen, nehmen bzw. sich diese elektronisch in Textform vorlegen lassen. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, die zuständigen Behörden zu informieren. Die Stadt macht von diesen Möglichkeiten anlassbezogen Gebrauch.

7.)

Die Stadt überarbeitet derzeit ihre Vergaberichtlinien, um sie an die Verfahrensanweisungen des Landes anzulehnen. Hierbei soll auch eine grundsätzliche Regelung zum Beitrag der Zielerreichung „Kassel klimaneutral 2030“ getroffen werden. Dies wird mit den beteiligten Ämtern abgestimmt.

8.)

Preissteigerungen bzw. Preisänderungen unterliegen vielen Faktoren. Zudem sind sämtliche Wirtschaftsfelder unterschiedlich hiervon betroffen. Eine Preisänderung aufgrund veränderter Kriterien kann daher nicht herausgerechnet oder valide prognostiziert werden.

9.)

Durch Beschäftigte der Abteilung Zentrales Vergabemanagement werden für die Beschäftigten der Stadtverwaltung und der Eigenbetriebe jährlich mindestens folgende Fortbildungen angeboten:

- Vergaberecht – Grundlagenschulung
- Vergaberecht – Aufbauschulung (u. a. mit den Bereichen Prüfung und Wertung)
- Bedienung der eingesetzten eVergabepattform – Grundschulung
- Bedienung der eingesetzten eVergabepattform – Aufbauschulung

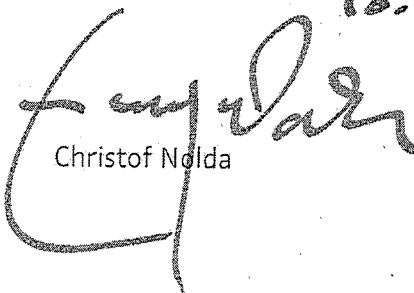
Des Weiteren nehmen Beschäftigte aller Ämter an für sie spezifischen Fortbildungsangeboten externer Dienstleister teil.

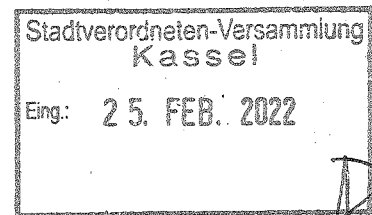
10.)

Die Abteilung Zentrales Vergabemanagement tauscht sich regelmäßig mit den für Vergaben zuständigen Abteilungen der Landkreise des Regierungsbezirks Kassel aus.

11.)

Es liegen keine statistischen Daten vor, wie oft diese – anlassbezogen möglichen – Überprüfungen durch Einsicht in die Geschäftsunterlagen erfolgten. Eine Erhebung dieser Daten für die Stadtverwaltung und die städtischen Gesellschaften würde einen erheblichen Aufwand verursachen und wäre nicht valide möglich.

12.1.22

Christof Nolda



**Zwangsvollstreckungsverfahren Rundfunkbeitrag
Anfrage der Fraktion AfD**

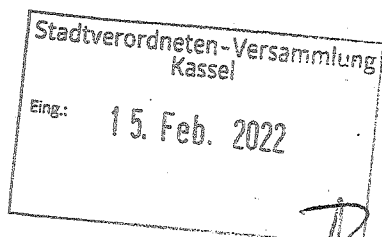
Jahr	Fallzahlen	Gesamtsumme
2016	4.361	1.311.178,26 €
2017	3.916	1.177.415,42 €
2018	3.671	943.802,57 €
2019	3.967	1.203.352,08 €
2020	3.616	949.004,05 €
2021 bis 31.10.2021	3.179	783.457,62 €

Jahr	Vom HR erstattete Kosten	Eigene Vollstreckungs- und Pfändungsgebühren
2016	135.770,21 €	31.227,14 €
2017	117.339,16 €	26.987,97 €
2018	90.364,41 €	21.687,36 €
2019	126.834,50 €	28.254,80 €
2020	109.394,20 €	25.160,62 €
2021 bis 31.10.2021	108.097,92 €	23.628,03 €



Christian Geselle

-20-/-50-



Kassel, den 22. November 2021
Herr Vogt, Tel. 2052
Herr Hahn, Tel. 5005

Anfrage CDU-Fraktion

Vorlage Nr. 101.19.293 - Verbandsumlage LWV Hessen

1. Welche Mehrbelastung ergibt sich für den Kasseler Haushalt 2022 durch die im nächsten Jahr steigende Verbandsumlage des LWV Hessen?
2. Welche zusätzlichen Mehrbelastungen ergeben sich für unsere Haushalte 2023 und 2024 durch weiter steigende Verbandsumlagen des LWV Hessen?
3. Welche Mehrbelastungen in den Haushalten 2022 bis 2024 ergeben sich allgemein durch die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes?
4. Sind in den dargestellten Mehrbelastungen der Haushalte Aufwendungen enthalten, die sich aus Aufgabenverlagerungen/Zuständigkeitsänderungen vom LWV Hessen zur örtlichen Ebene ergeben?

Fragen 3 und 4 werden zusammen beantwortet

Die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes bewirkt durch die Trennung von existenzsichernden Leistungen und Fachleistungen der Eingliederungshilfe seit dem Jahr 2020 einen erhöhten Personaleinsatz von ca. 2,5 VZÄ im Bereich der sichernden Hilfen (existenzsichernde Leistungen in besonderen Wohnformen).

Im Bereich der Eingliederungshilfe ergibt sich aufgrund der Komplexität der Einzelfälle ein um 4 VZÄ erhöhter Personalbedarf u.a. auch durch die Umsetzung des in jedem Einzelfall erforderlichen Gesamtplanverfahrens.

Im Bereich der stationären Hilfe zur Pflege wurden im Zuge der neuen Zuständigkeitsabgrenzung zwischen überörtlichem und örtlichen Sozialhilfeträgern Zuständigkeiten im Umfang von 0,5 VZÄ auf die Stadt Kassel verlagert (PhaseF-Fälle).

Im Bereich der ambulanten Hilfe zur Pflege wurden Personen mit gleichzeitigem Bezug von Hilfe zur Pflege und Eingliederungshilfe an den überörtlichen Träger abgegeben, was zu einer personellen Entlastung von 0,5 VZÄ führte.

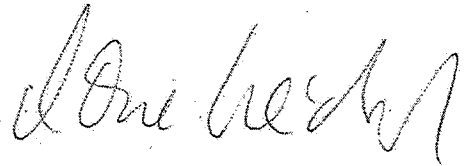
Bei den Transferleistungen fallen die existenzsichernden Leistungen für Leistungsberechtigte in besonderen Wohnformen und erweiterte Leistungen für Menschen in Werkstätten (Mehrbedarf Mittagsverpflegung) sehr überwiegend im Bereich der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (4. Kapitel SGB XII) an und belasten den städtischen Haushalt durch die erfolgende Bundeserstattung nicht.

Im Bereich der Eingliederungshilfe bewirkte das neue Lebensabschnittsmodell in der Zuständigkeitsabgrenzung örtlicher/überörtlicher Träger, dass tendenziell kostenaufwendigere Leistungen für Kinder und Jugendliche (Pflegekinder, Kinder in Einrichtungen) nun durch die Stadt Kassel erbracht wurden und weniger kostenaufwendige ambulante Leistungen für Erwachsene an den LWV Hessen übergeleitet wurden.

Bei einem Haushaltsergebnis 2019 von 12,1 Mio. € werden hier im Haushaltsplan 2022 13,2 Mio. Euro an Zuschussbedarf für Transferaufwand veranschlagt.

Im Bereich der Hilfe zur Pflege bewirkten die im Bereich der Personalveränderungen dargestellten Zuständigkeitsverschiebungen eine Entlastung der Stadt Kassel.

Bei einem Haushaltsergebnis 2019 von 19,6 Mio. € werden hier im Haushaltsplan 2022 16,7 Mio. Euro an Zuschussbedarf für Transferaufwand veranschlagt.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'D. Ober...' followed by a stylized flourish.

**Auszugsweise Abschrift aus der Tonbandaufzeichnung
der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen
am 11. Januar 2022**

Tagesordnungspunkt

1. Städtisches Konzept zur Rechtsform des documenta-Instituts

Anfrage der CDU-Fraktion

- 101.19.314 -

Oberbürgermeister Geselle

Ich habe Frau Dr. Schormann gebeten, als Generaldirektorin der documenta und Museum Fridericianum gGmbH dazuzukommen, ich würde Sie bitten hier vorne, vielleicht neben mir Platz zu nehmen, Frau Bürgermeisterin hat ein bisschen Platz gemacht, dass Sie sich auch mit dem Mikrofon hier vorne neben mich setzen können. Ich bin Ihnen sogar sehr dankbar, liebe Kollegen von der CDU-Fraktion, für diese Anfrage, denn dadurch ist es jetzt nochmal möglich, die ein oder andere Kommunikation oder das ein oder andere Vorgehen des Einen vielleicht nochmal ein bisschen klarzustellen, durch die Fraktionen gegangen ist und auch in der HNA sich geäußert hat, was mir persönlich nicht gefallen hat, sage ich Ihnen ganz ehrlich, was Herr Bude geäußert hat, dass der Oberbürgermeister eine Marketing Veranstaltung bringt, gehört sich nicht. Er ist in dieser Funktion Teil der documenta GmbH und nicht frei floatend und hier geht es auch nicht um eine Marketingveranstaltung für die Stadt Kassel, sondern um einen wichtigen kulturpolitischen Beitrag und ich sehe das nicht nur alleine so, sondern das sehen viele Kulturakteure in der Stadt so, natürlich auch die documenta, deshalb wäre es ratsam, etwas abzurüsten und stattdessen sachlich doch mal die einen oder anderen Tätigkeiten, die vielleicht seit der Gründung des documenta-Instituts unter dem Dach der Gesellschaft, Frau Dr. Schormann wird da gleich etwas zu ausführen, vielleicht bislang erbracht worden sind, sofern sie denn erbracht worden sind, nach außen zu dokumentieren und zu gucken, in welcher Form wir das denn 2020 überhaupt gegründet haben. Momentan ist ja alles erstmal gut organisiert, weil das „Institut“ ist unter dem Dach der Gesellschaft gegründet worden von beiden Gesellschaftern, deshalb werde ich Ihre Anfrage in den 7 Punkten etwas zusammengefasst formulieren. Das Institut ist unter dem Dach der Gesellschaft documenta und Museum Fridericianum gGmbH 2020 nach Übereinkunft beider Gesellschafter, Land Hessen, Stadt Kassel, gegründet worden. Gründungsdirektor ist besagter Herr Bude unter dem Dach der Gesellschaft und das zu Beginn aus gutem Grund. Das ist der Ist-Zustand und jetzt stellt sich halt die Frage, das sind diese unterschiedlichen Gesichtspunkte, die momentan auch in der Öffentlichkeit Raum greifen, wie geht man denn künftig damit um? Kann das unter dem Dach der Gesellschaft bleiben? Wie gesagt, Frau Dr. Schormann wird das gleich ausführen, oder ist das denn in seiner Unabhängigkeit jetzt schon erforderlich, dass es mal mit dem Ziel irgendwann einer außeruniversitären Forschungseinrichtung einhergehen sollte, das ist immer apostrophiert worden, aber die Frage ist wann, zu welchem Zeitpunkt. Aber auch darüber hatte man 2020 Einvernehmen erzielt und durch diese Debatte, durch diese Wortbeiträge, gerät da immer wieder ein Stück weit Fahrt auf, dabei ist eigentlich alles geregelt und man könnte nach der Besetzung des Gründungsdirektoriums mit Herrn Bude jetzt das machen, was

der nächste vereinbarte Schritt war, nämlich eine internationale Auswahlkommission einberufen, hochrangig international besetzt, und den künftigen, nicht den Übergangsgründungsdirektor Bude, sondern den künftigen Direktor dieses Instituts berufen mit einem international hohen Rang und Renommee, was auch unserem Vorhaben, nämlich diese Forschungseinrichtung in unserer Stadt und wir müssen ja noch gemeinsam diskutieren, wo kommt sie denn hin? Das ruruHaus, jetzt erworben, wäre vielleicht mein Vorschlag aber wir wollen ja auch die Bürger fragen, gibt es noch andere Vorschläge? Das muss dann auch mit einem internationalen Rang, internationalen Renommee einhergehen, das ist jedenfalls meine Position als Oberbürgermeister und Aufsichtsratsvorsitzender der documenta und das war eigentlich auch mit dem Gesellschafter Land Hessen so verabredet. Ich weiß, dass das auch die Intention der Universitätspräsidentin ist und zu diesem Grund hat es vor Weihnachten/Anfang Dezember auch ein Gespräch gegeben zwischen Frau Dr. Schorman, Frau Prof. Clement und meiner Person, wie wir uns diesem Ziel nähern, wie wir uns dem annähern und welche Optionen es zu diesem Ziel gibt. Deshalb hat auch Frau Prof. Clement im Senat der Universität sicherlich dazu vortragen und genauso jetzt Frau Dr. Schormann und ich glaube man muss auch nochmal mit Namen, mit Bezeichnungen ein Stück weit aufpassen. Es wird ja immer wie eine Monstranz von allen vor uns hergetragen, das documenta-Institut, wobei sich dann viele Fragen, Susanne Völker und ich auch seit 2017, was ist denn eigentlich das Institut, was Sie sich ja auch fragen. Es wird immer diskutiert über die Örtlichkeit, über HOPLA, über den Parkplatz beim Karlsplatz, über das ruruHaus, aber was ist denn eigentlich Nucleus, Gegenstand dieses Instituts, also Forschung über Auswirkungen der documenta auf Architektur, Soziologie, Kunstgeschichte, unterschiedliche Lebensbereiche und das wirklich wissenschaftlich, einerseits, aber andererseits auch ein Stück weit, und das ist das, was mich ärgert, wenn das so salopp von Herrn Bude, da will der Oberbürgermeister Stadtmarketing haben. Da sage ich Ihnen ganz ehrlich meine Damen und Herren Stadtverordnete, hier geht es nicht um Stadtmarketing, sondern hier geht es auch neben dem wissenschaftlichen Output um die Verankerung der documenta in unserer Stadt. Da sind wir die Gralshüter dieses besonderen Geschenks von Arnold Bode und nicht einen Ausverkauf herzugeben, dass das beliebig an anderen Orten in Deutschland oder in der Welt stattfinden kann, sondern wir wollen das doch in unserer Stadt bewahren, das ist auch Ziel der Verankerung gewesen, was mein Amtsvorgänger mit dem Thema Institut, was übrigens dann ja auch schon Bode in der Vergangenheit, was ein Bernd Leifeld als Amtsvorgänger auch schon von Sabine Schormann vorangetragen hat, dass wir zwischen den 5 Jahren eben nicht nur wissenschaftlich, sondern auch in der Verankerung in unserer Stadtgesellschaft auch für die Darstellung hier etwas bewahren und deshalb geht es ja um einen zentralen Ort über den wir hier diskutieren und streiten oder gestritten haben, was ist denn der richtige Ort dieser Verankerung dieses besonderen Schatz und Aufgabe einer/eines jeder/jedes Oberbürgermeisterin, eines Oberbürgermeisters ist immer auch Gralshüter der documenta zu sein und deswegen auch ganz besonders auch diesen Schatz, den es bei der Frage „Über was forscht denn eigentlich das Institut?“ geht, zu bewahren, nämlich das Archiv. Das Archiv, das haben wir damals hier beschlossen in der Stadtverordnetenversammlung, ist zum „Städtischen Kulturgut“ in die Gesellschaft eingelegt worden, auch finanziell gestützt worden. Es gibt eine Erschließungsoffensive, also auch Landesförderungen um das noch besser voranzubringen, ich verkürze das jetzt ein Stück weit, angesichts der Zeit auch, aber wir müssen doch immer darauf

achten, dass dieses Archiv auch in der Gesellschaft, in der documenta GmbH bleibt und Gegenstand unseres besonderen Schatzes ein Stück weit bleibt. Vor diesem Hintergrund gibt es bestimmte Leitplanken, die aus Sicht der Stadt Kassel wie aus Sicht der Gesellschaft in diesen Fragen, die Sie hier aufgeworfen haben, beibehalten werden müssen, ganz wesentlich und es gibt ein vernünftiges Konzept, es kann weitere Gespräche, und gab auch Gespräche über die Frage „Wie weit kann man denn gehen?“, aber Archiv muss zentral Gegenstand der Gesellschaft bleiben und wir brauchen einen mit internationalem Renommee befindlichen Direktor und dieses Direktorat muss jetzt auch alsbald ausgeschrieben werden und diese Begleiterscheinungen drum herum, die schädigen ein Stück weit die documenta und das muss aufhören und so empfinde ich auch Ihre Anfrage, in welche Richtung das gehen soll. Ich bitte jetzt Sabine Schormann ihre Aufgabe als Generaldirektorin, die da auch eine klare Haltung und Meinung hat wie ich weiß, und die von mir, und das ist mein Job, volle Rückendeckung dabei erfährt als Aufsichtsratsvorsitzender und Gralshüter, das entsprechend zu erläutern.

Dr. Sabine Schormann

Ganz herzlichen Dank, Frau Vorsitzende, liebe Ausschussmitglieder, Magistratsmitglieder und Damen und Herren, ganz herzliches frohes neues Jahr erstmal von meiner Seite, für uns ja ein ganz besonders spannendes Jahr was jetzt beginnt und ich freue mich, dass wir trotz Corona und allem was jetzt die documenta 15 betrifft auf recht gutem Weg unterwegs sind und hoffe, dass wir gemeinsam dann wirklich einen schönen Sommer verbringen und das auch gemeinsam genießen können. Zum Stand Entwicklung documenta Institut, Herr Oberbürgermeister hat es ja gerade gesagt, die Faktenlage ist, dass es 2020 unter unserem Dach gegründet wurde, mit dem Ziel, es mittelfristig auf- und auszubauen. Mittelfristig, das meint mindestens einen Zeithorizont von 10 Jahren, damit waren die Rahmenbedingungen für diesen Gründungsprozess definiert und der definierte Auftrag an den Gründungsdirektor war es, diesen mit wissenschaftlichen Inhalten zu füllen. Unsere Aufgabe, und das ist das, was ja die Aufgabe der gGmbH grundsätzlich ist, ist die notwendige Infrastruktur zu schaffen mit finanzieller Unterstützung durch Stadt Kassel und Land Hessen. Was heißt denn das eigentlich mit dieser notwendigen Infrastruktur? Das Ganze ist als selbstständiger Bereich bei uns gegründet worden, selbstständig genauso, wie die documenta Ausstellung, wie das Fridericianum und das documenta-Archiv, das heißt die jeweilige Leitung ist immer durch nationale oder internationale Findungskommission berufen und bestellt, hier gibt es eine Ausnahme mit der Direktberufung von Herrn Professor Bude. Sie haben ihr eigenes Budget, sie haben spezifisches Personal verantwortet, es gibt Absicherungen durch künstlerischen und/oder wissenschaftlichen Beirat. Die gGmbH, und das ist die Grundaufgabe, ist als Dienstleister zu fungieren, der wie gesagt die notwendige Infrastruktur und die benötigten fachlichen Kompetenzen ergänzt, z. B. im Bereich der Ausstellungsproduktion usw. Damit entstehen einfach sehr viele Synergien zwischen den eigenständigen Bereichen und der Aufsichtsrat und Gesellschafter sorgen als Aufsichtsgremien dann einfach für die Überwachung der Geschäfte. Was jetzt den Stand der inhaltlichen Entwicklung des Instituts betrifft, so wurde, wie Sie wissen, Herr Bude im Sommer 2020 zum Gründungsdirektor berufen. Im Sommer 21 wurden von der Universität Kassel drei Professuren zur Kunst- und Ausstellungsforschung besetzt. Professor Liliana Gomez für den Bereich Kunst und

Gesellschaft, Felix Vogel für Kunst und Wissen und Mi You für den Bereich Kunst und Ökonomie. Diese Professoren werden einbezogen in die weitere Ausgestaltung aber ein wissenschaftliches, vertieftes Forschungsprogramm liegt derzeit noch nicht vor. Parallel dazu hat sich auch das Archiv sehr weiterentwickelt, es war ja folgerichtig vor 5 Jahren aus der Verantwortung der Stadt uns zugeordnet worden, um eben im produktiven Austausch mit den künstlerisch kuratorischen produktionstechnischen und administrativen Teams effizienter arbeiten und die Dokumentation aller Geschäftsbereiche garantieren zu können. Etwas was sich aus unserer Auffassung extrem bewährt hat. Dieses Institut hat sich parallel als forschendes Institut in Arbeitskreis selbstständiger Kulturinstitute hochgearbeitet, das erste Mal seit 10 Jahren, dass überhaupt jemand aufgenommen wurde, eine große Errungenschaft und das heißt selbstständiger Kulturinstitute also ist die Selbstständigkeit die eigene wissenschaftliche Arbeit hier auch wirklich anerkannt. Es gibt jede Menge Forschungsk Kooperationen international und national, z. B. in Paris mit dem ifa, in Stuttgart, es gibt viele Projekte, es gibt erfolgreiche Drittmittelinforderungen, und es werden ständig neue Bestände hochkarätige ins Archiv geholt, was auch ein Beweis für eine hervorragende Leistung ist, das letzte Große der Vorlass von Bazon Brock der dazugekommen ist. Herr Geselle sagte es schon, das Ganze wird unterstützt durch Stadt und Land mit Mittel für diese sogenannte Erschließungsoffensive und das hilft, diesen Kurs beizutragen. Parallel, quasi jetzt schon in der Entstehung der documenta 15, nimmt das Archiv Archivalien auf und entwickelt das weiter und es entstehen gemeinsame Projekte. Wenn man das alles zusammen sieht, gibt es aus unserer Sicht derzeit eigentlich keinen Grund für eine Diskussion über Rechtsform und Strukturfragen, auch wenn wir, wie Herr Geselle das gerade gesagt hat, natürlich gemeinsam mit Gesellschaftern das im Auge behalten, wie die ganze Entwicklung weitergeht und wenn die wissenschaftliche Excellence in Richtung Leibniz Gemeinschaft sich entwickelt, dann kann im Verlauf der Zeit eben über eine andere Rechtsform z. B. einen Verein nachgedacht werden. Ein weiterer Leib im AsKI wäre hier aber aufgrund des Profils genauso naheliegend und ist eben wie gesagt schon erreicht. Nächster wichtiger inhaltlicher Schritt ist die Nachbesetzung des Direktors ab Anfang 2023 notwendig, eine internationale Findungskommission in Kooperation mit der Universität Kassel und/oder auch anderen internationalen Universitäten, die sich hier auch mit einbringen können. Die inhaltliche Arbeit geht die ganze Zeit weiter und bei der Wahl eines zukünftigen Standortes ist aus unserer Sicht eine gesamtheitliche Sicht auf die documenta zu berücksichtigen, die einfach den Bedarf und die Synergien im Zusammenspiel aller Bereiche, der gGmbH, und wenn es nicht gGmbH ist, sondern das Institut als eigenständiger Verein ist, dann trotzdem als inhaltliches Zusammenspiel ins Auge fasst. Hier besteht aus unserer Sicht die ganz einmalige Chance, rund um den Friedrichsplatz ein solches documenta-Zentrum zu schaffen, mit dem die documenta dann wirklich in all ihren Facetten und als einzigartige Verbindung von Kunst und Wissenschaft sichtbar wird und dann für Kassel, für Hessen, für Deutschland und international einfach ihre Ausstrahlung vorantreiben kann. Das Ganze läuft unter dem strahlenden Licht der documenta und das ist sozusagen der Leitstern unter dem diese ganzen Dinge sich entsprechend zusammenfassen können. Insofern wird sozusagen momentan noch diskutiert an Alternativen, die eine Variante das ist eben, dass es so bleibt, wie es angelegt ist und sich entsprechend mit Ruhe weiterentwickeln kann, oder ob das Institut als Verein entsprechend früher ausgegründet wird und dann über Kooperationsvereinbarungen mit der gGmbH und den anderen Teilen der documenta

zusammenarbeitet. Aus unserer Sicht, ich hoffe, dass das aus meinen Ausführungen deutlich geworden ist, würden wir auf jeden Fall unter dem Sinne des Gesamtheitlichen die erste Variante bevorzugen aber das war ja auch eine Frage, die Sie gestellt hatten, am Ende entscheiden darüber natürlich die Gesellschafter und dann muss das Ganze eben gegebenenfalls in eine andere Form überführt werden. Ich möchte einfach noch einmal ein Plädoyer dafür halten, immer im Blick zu behalten, dass wie gesagt die documenta ja das ist, worunter sich ja alle diese Punkte und Überlegungen versammeln und von der ausgehend sich die Dinge entwickeln und auf das sie immer zurückführen und wir merken ja jetzt, inwieweit diese ganzen Bezüge zueinander führen, wie viele neue Projekte in diesem gemeinschaftlichen Arbeiten sich entwickeln und wie sich das weiterentwickelt, also insofern haben wir den Eindruck, dass das ein sehr guter Kurs war, der da eingeschlagen wurde und würden uns dafür aussprechen den a) fortzusetzen und b) durch eine entsprechende räumliche Anordnung zu verstärken und muss dazu vielleicht noch in eigener Sache sagen, dass die documenta gGmbH, so wie sie jetzt ist und die documenta sich auch freuen würde, wenn ihre räumliche Situation sich verbessert, denn die Liegenschaften sind ja doch sehr in die Jahre gekommen und es ist nirgendwo genügend Platz und nachdem wir jetzt Platz für das Institut gemacht haben, kann schon ein großer Teil unseres Produktionsteams nicht mehr untergebracht werden, wenn die documenta vorbei ist und wir das ruruHaus nicht mehr haben. Hier erhoffen wir uns für die Zukunft auch gemeinschaftlich noch ein bisschen mehr eine Sichtbarkeit alleine dadurch, dass wir überhaupt mal da sind. Ja soweit vielleicht einmal von meiner Seite, vielen Dank für Ihre Frage und für das Zuhören und ich bin gespannt auf die weitere Diskussion

Gefertigt für Oberbürgermeister Geselle
von Annika Kuhlmann, Büro der Stadtverordnetenversammlung
am 17. Februar 2022

Je, 21.02.22